



Neues aus Niedersachsen - Unser Newsletter aus Hannover für die Region



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit etwas mehr als 100 Tagen regiert in Niedersachsen die neue Landesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen und genau hinzuschauen, in welche Richtung sich Niedersachsen entwickelt. Als Opposition legen wir dabei den Finger in die Wunde, denn eines hat auch der zweite Plenarabschnitt in diesem Jahr wieder gezeigt: Die neue Regierung kündigt zwar viele Ideen an, aber die Umsetzung lässt ebenso auf sich warten wie die versprochenen Hilfen für Unternehmen aus dem milliardenschweren Nachtragshaushalt des vergangenen Jahres. Unsere Linie bleibt dabei jedoch klar: Wir verstehen die Oppositionszeit nicht als Ruhepause, sondern bringen unsere Ideen ein, schauen aber noch genauer auf die Initiativen der Landesregierung, die wir kritisch begleiten.

Welche Themen uns ansonsten in den vergangenen Tagen und Wochen bewegt haben und welche persönlichen Schwerpunkte wir setzen konnten, erfahren Sie auf den kommenden Seiten.

Viel Spaß beim Lesen!

CDU-Chef gleich doppelt zu Besuch - CDU-Verbände kommen zu Neujahrsempfang zusammen



(V.li.n.re.: Janine Greulich, Ralph Ahrens, Volker Meyer MdL, Wilken Hartje, Sebastian Lechner MdL, Anja Thiede und Axel Knoerig MdB)

Gleich zweimal war der neue Chef der CDU in Niedersachsen und Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Sebastian Lechner, im Landkreis Diepholz zu Gast. Geladen hatten die zunächst die CDU-Verbände Bassum, Stuhr, Syke, Twistringen und Weyhe ins Heiligenroder Gasthaus Meyerhof. Lechner, der aktuell in ganz Niedersachsen als das „CDU-Gesicht“ gefragt ist, kam locker daher und sparte nicht mit Selbstkritik: „Wir müssen uns wieder um die politische Mitte kümmern. Also um die Menschen, die den ganzen Tag arbeiten. Sie müssten davon gut leben können.“ Nach den deutlichen Worten des Ehrengastes schloss sich eine

spontane Sammelaktion für die Erdbebenopfer in der Türkei und in Syrien an, die über 600 Euro einbrachte und Axel Knoerig als Mitglied des Kuratoriums der CARE Deutschland überreicht werden konnte.

Nicht weniger deutlich waren die Worte Lechners bei seinem Besuch wenige Tage später am Dümmer. Wie jedes Jahr hatten auch die CDU-Verbände Diepholz, Lemförde, Wagenfeld, Barnstorf und Rehden zum traditionellen Jahresempfang geladen, der mit einem gemeinsamen Finger-Food-Bufet abgerundet wurde.



(V.li.n.re.: Stephan Kawemeyer, Marcel Scharrelmann MdL, Sebastian Lechner MdL und Martin Möhlenpage)



Bericht aus dem Landtag

100 Tage Bilanz der Landesregierung

Worte von PGF Carina Hermann MdL

Regieren heißt: entscheiden, Position beziehen und Verantwortung übernehmen. Regieren heißt nicht, notwendige Maßnahmen zu vertrödeln oder zu vertagen.

Wir als CDU-Fraktion haben unsere konstruktive Rolle als größte Oppositionsfraktion schnell genutzt und uns personell neu aufgestellt. Unsere parlamentarischen Initiativen und bisherigen Gesetzesentwürfe zeigen, dass wir schneller arbeiten als die Landesregierung. Dabei fragen wir uns, ob dieser fehlende Tätigkeitsnachweis den Unwillen oder schlichtes Unvermögen der Regierenden dokumentiert. Es zeigt sich bei zentralen Politikfeldern ein deutliches Gegeneinander von Rot-Grün.

Auch die angekündigte ausgestreckte Hand der neuen rot-grünen Koalition

scheint leider nur eine Worthülse zu sein. Schon zum wiederholten Mal haben die regierungstragenden Fraktionen im Niedersächsischen Landtag in den Ausschüssen elementare Rechte der größten Oppositionsfraktion missachtet.

Die ersten Monate lassen deshalb leider nichts Gutes bei der parlamentarischen Zusammenarbeit erwarten. Wir als CDU-Fraktion nehmen unseren Auftrag als Opposition aber ernst und werden auch weiterhin konstruktiv die Arbeit der Landesregierung sowie der Regierungskoalition kontrollieren, ganz wie es unserem Wählerauftrag entspricht. Wir haben den Anspruch, alle Beratungsgegenstände ausführlich zu diskutieren, anstatt sie nur möglichst schnell durchzuwinken. Das ist nicht unser Anspruch für Nieder-



sachsen. Die CDU-Landtagsfraktion zeigt nicht nur auf die Verfehlungen, sondern zeigt Möglichkeiten und Alternativen auf. Konkrete Ideen wurden zur „100 Tage Bilanz“ zusammengefasst:

https://cdultnds.de/wp-content/uploads/2023/02/100_Tage_Rot-Gruen_Eine_Bilanz.pdf



„Der Wolf ist unserem Land wieder heimisch geworden. In fast 250 Wolfsangriffen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 685 tote Tiere verzeichnet. Dabei gab es erneut, und das finde ich besonders schlimm – kritische Begegnungen zwischen Menschen und Wölfen“, erklärt der CDU-Abgeordnete Dr. Frank Schmädke zum eingebrachten Entschließungsantrag im Niedersächsischen Landtag. Mit der Ausbreitung des Wolfes gehen

Wo bleiben die rot-grünen Pläne zum Wolfsmanagement?

seiner Ansicht nach erhebliche Konflikte einher. Es sei die Aufgabe der Politik, die Interessen des Artenschutzes und der ländlichen Kulturlandschaft sowie der dort lebenden Menschen im Blick zu behalten und in einen angemessenen Ausgleich zu bringen. „Fakt ist: Der gute Erhaltungszustand des Wolfes ist gegeben und andere europäische Länder machen uns längst vor, wie man im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten die Wolfspopulation managen kann. Wölfe müssen durch geregelte Entnahmen und Elektrozäune ihre natürliche Scheu zurückgewinnen.“ Schmädke fordert die Landesregierung daher auf, ihre Entscheidung, die einzig aktuell bestehende Möglichkeit zur rechtmäßigen Entnahme von Problemwölfen über die artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen eine Woche vor Erlass öffentlich zu machen, sofort zurückzunehmen. Dieses

Vorgehen gefährde die Sicherheit der Jägerinnen und Jäger und gefährde deren Mitwirkungsbereitschaft bei der Regulierung der Wolfsbestände. Darüber hinaus fordert Schmädke die Landesregierung auf, ein aktives, regional differenziertes Wolfsmanagement nach dem Vorbild unserer Nachbarländer zu etablieren. Außerdem solle die Möglichkeiten geprüft werden, den Wolf aus Gründen des Küstenschutzes aus diesen Gebieten wieder zu verdrängen.

„Setzen Sie sich beim nationalen und – sofern erforderlich – auch beim europäischen Gesetzgeber für die Feststellung des guten Erhaltungszustandes des Wolfes in Niedersachsen ein. Drücken Sie sich nicht vor der Verantwortung, sondern handeln Sie im Sinne der Menschen, unserer Weidetiere und der Wolfspopulation, solange dazu noch Zeit ist“, mahnt der Umweltexperte abschließend.



Was uns umtreibt...

Ein Name, ein Schicksal, eine Verpflichtung

**Marcel Scharrelmann
übernimmt Patenschaft für
politischen Häftling im Iran**

Seit Mitte September vergangenen Jahres läuft am Persischen Golf eine anhaltende Welle der Proteste gegen das Regime der islamischen Republik im Iran. In Folge des gewaltsamen Todes von Jina Mahsa Amini protestieren Frauen und Männer gegen Unterdrückung und für Freiheit. Dinge, die für uns normal und alltäglich sind, zwingen im Iran junge Frauen und Männer dazu, ihr Leben und ihre Freiheit zu riskieren und persönliche Repressionen hinzunehmen.

„Viele junge Menschen wurden auf Demonstrationen verhaftet und ohne

Rechtsbeistand zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt. Viele junge Menschen fürchten jeden Tag um ihr Leben, wenn die Richter des Mullah-Regimes ohne Beachtung von internationalen Rechtsgrundsätzen mit Willkür urteilen, nur um weitere Demonstranten ein-

zuschüchtern.

Als Abgeordneter möchte ich meine Reichweite nutzen und gezielt auf das Unrecht hinweisen. Das tue ich, indem ich die politische Patenschaft für Majid Khoshmanzar übernehme.“

Majid Khoshmanzar ist ein engagierter Iraner und hat sich mit seinem Sohn, Amirreza, an der aktuellen Protestbewegung für mehr Rechte und Demokratie im Iran beteiligt. Wegen seines Einsatzes wurden er und sein Sohn im Oktober festgenommen, nachdem sie eine Gedenkfeier für Jina Mahsa Amini



in Mashhad besuchten. Zunächst wurde er isoliert inhaftiert, später in ein Gefängnis in Mashhad verlegt. Er wird wegen des Vorwurfes „Krieg gegen Gott“ angeklagt, weil er mutmaßlich Überwachungskameras demontiert haben soll. In mehreren eindringlichen Briefen an Außenministerin Baerbock und den iranischen Botschafter in Deutschland habe ich mich in den vergangenen Wochen für einen Prozess nach rechtsstaatlichen Grundsätzen eingesetzt und werde dies auch solange tun, wie es nötig ist.

Volker Meyer: Warum hilft Weil den Krankenhäusern nicht?



„Wir fordern den Ministerpräsidenten Stephan Weil zum wiederholten Male auf, dass er endlich einen Liquiditäts-Rettungsschirm für die Krankenhäuser mittels Landesbürgschaften umsetzt“, erklärt Volker Meyer, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Die Inflation und die stark gestiegenen Energiepreise belasten, so Meyer, auch die Krankenhäuser im Land massiv.

Von der Bundesregierung versprochene Hilfen kämen nicht an. Bis das Bundesprogramm an die Bedarfe der Krankenhäuser angepasst ist, müsse daher das Land eingreifen. „Schleswig-Holstein tut dies bereits. Warum funktioniert das nicht in Niedersachsen?“, fragt er. Laut der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) wurden im vierten Quartal des vergangenen Jahres nur sechs Prozent der von der Bundesregierung angekündigten Energiehilfen abgerufen. Dies läge unter anderem daran, dass als Referenzmonat der März 2022 vorgegeben sei - ein Zeitpunkt, zu dem die Energiepreise bereits stark gestiegen waren.

Der Gesundheitsexperte mahnt: „Die Krankenhäuser stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand und brauchen jetzt Hilfe. Wenn Weil nicht sofort handelt, gefährden wir die flächen-deckende Gesundheitsversorgung in Niedersachsen.“

Einladung

**Die CDU-Kreistags-
fraktion Landkreis
Diepholz lädt ein:**

**Zukunftswerkstatt
„Wasser“**

Montag, 20. März 2023
19.00 Uhr im Gasthaus
Dahlskamp, Sulingen

mit Gastreferenten
Kreisrat Jens-Hermann
Kleine und dem Landvolk-
Vorsitzenden Theo Runge

Anmeldung unter
info@cdu-diepholz.de



CDU
Fraktion
Niedersachsen

Unser Monat in Bildern

Bürgermeister Kiene zu Gast im Landtag



Kohlgang CDU Weyhe



Besuch bei NewTec in Heiligenfelde



Gespräch mit MdBB Bensch in Stuhr



AVACON zu Gast in Bassum



Oberschule Barnstorf zu Gast im Leineschloss



Gründung Parlamentskreis Mittelstand



Reaktivierung von Bahnstrecken
Thema im Landtag

